

Prävention

6. Prävention

6.1	Prävention	288
6.2	Vortrags- und Informationsveranstaltungen	290
6.3	Ausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“	292
6.4	Informationsmaterialien	293
6.5	Veranstaltungen	295
6.6	Landesprogramm für Islamismusprävention „Kompetenzforum Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI)	297
6.6.1	Struktur	297
6.6.2	Arbeitsschwerpunkte	299
6.6.3	Arbeitsgruppen	300
6.6.4	Jahresveranstaltung	302
6.6.5	KIP NI-Internetseite	303
6.7	Aktion Neustart	304
6.8	Kontaktdaten Prävention	308

6.1 Prävention

Für eine effiziente und nachhaltige Sicherheitspolitik müssen Repression und Prävention Hand in Hand gehen. Aus diesem Bewusstsein heraus hat der Niedersächsische Verfassungsschutz 2014 den phänomenübergreifenden Fachbereich Extremismusprävention eingerichtet. Dieser ist seit seiner Entstehung stetig angewachsen und umfasst eine Vielzahl von Angeboten, von der Informationsvermittlung über Extremismusphänomene und Radikalisierung bis hin zum Aussteigerprogramm.

Da sich die extremistischen Szenen ständig wandeln, werden die Präventionsangebote des Niedersächsischen Verfassungsschutzes stetig an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Sie sind zudem zielgruppenorientiert und niedrigschwellig erreichbar. Dies stellt sicher, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den Angeboten haben, um sich zu informieren, Ansprechpartner bei konkreten Fragen zu finden und ggf. sogar selbst Hilfe zu erhalten, beispielsweise beim Ausstieg aus der extremistischen Szene.

Extremismusprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die ausschließlich im Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft bewältigt werden kann. Der Niedersächsische Verfassungsschutz ist daher Kooperationspartner innerhalb eines Netzwerkes von unterschiedlichen Präventionsakteuren in Niedersachsen sowie auf Bundesebene. Damit trägt er zu einer gelingenden und ganzheitlich angelegten Extremismusprävention für Niedersachsen bei. Deshalb ist er gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA NI) geschäftsführend im Landesprogramm für Islamismusprävention „Kompetenzforum Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI) tätig und hat seinerzeit federführend an der Erarbeitung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte (heute: „Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte“) mitgearbeitet.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz hält folgende Präventionsangebote vor:

- Bereitstellung von Referentinnen und Referenten für Fachvorträge,
- Veröffentlichung von Informationen des Verfassungsschutzes im Rahmen eigener Veranstaltungen und Publikationen,
- speziell für bestimmte Adressatenkreise konzipierte Informationsreihen (u. a. Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“¹³⁸, Lehrkräftefortbildungen, Beratung von Funktionsträgerinnen und -trägern in Städten und Kommunen),
- Betreuung von Personen, die sich von extremistischen Ideologien bzw. Szenen abwenden möchten (Aussteigerprogramm Aktion Neustart¹³⁹).

Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie beeinflusste die Präventionstätigkeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes auch im Jahr 2021. So musste eine Vielzahl der von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Prävention gestalteten Vorträge entfallen oder konnte lediglich digital durchgeführt werden. Das jährliche Symposium entfiel 2021 pandemiebedingt. Auch die Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“, die in der Regel jährlich in fünf Orten in Niedersachsen Station macht, musste 2021 pausieren.

Wie bereits im Jahr 2020 rückte das Corona-Virus neue Themen in den Vordergrund. Dazu gehört weiterhin der Komplex der Verschwörungstheorien und deren Verbindungen mit extremistischen Ideologien und Gruppen sowie die Frage, wie mit diesem Phänomen in präventiver Hinsicht umgegangen werden kann.

Schwerpunkt Antisemitismus

In vielfacher Hinsicht hat sich 2021 gezeigt, dass Antisemitismus nach wie vor ein virulentes Problem in unserer Gesellschaft darstellt. Dies wurde etwa im Zuge von Protesten gegen die Corona-Maßnahmen deutlich, bei denen Teilnehmende antisemitische Verschwörungs-ideologien verbreiteten oder sich beispielsweise durch das Tragen von gelben Sternen mit dem Schriftzug „ungeimpft“ mit Opfern des

¹³⁸ Siehe Kapitel 6.3.

¹³⁹ Siehe Kapitel 6.7.

Holocausts gleichsetzten. Auch hat sich dies anhand antisemitischer Äußerungen, Hetze und Anschlägen im Zusammenhang mit dem Wiederaufflammen des Nahostkonfliktes gezeigt. Nicht zuletzt ist der rechtsextremistisch motivierte Anschlag auf die Synagoge in Halle 2019 ein Beispiel für den nach wie vor in Deutschland grassierenden Antisemitismus, dem es sich in aller Deutlichkeit entgegenzustellen gilt. Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat deshalb 2021 begonnen, seine Angebote zur Prävention von Antisemitismus weiter auszubauen.¹⁴⁰ Damit wird zudem dem Interesse von Bürgerinnen und Bürgern an Präventionsmaßnahmen gegen Antisemitismus Rechnung getragen. Informationen zu diesem Themenfeld waren 2021 zunehmend gefragt.

6.2 Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Ein wichtiger Baustein der Präventionsangebote des Niedersächsischen Verfassungsschutzes sind Vortrags- und Informationsveranstaltungen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes können zu allen Aspekten des Extremismus als Referentinnen und Referenten eingeladen werden, z. B. von Kommunen, Vereinen, Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Behörden, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Ebenso werden Projektstage, Seminare und Workshops auf Anfrage fachlich begleitet. Die Themen und Formate können dabei innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Verfassungsschutzes mit den Referentinnen und Referenten flexibel vereinbart werden.

In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach fachlicher Begleitung stetig gestiegen. Während im Jahr 2014 noch 62 Fachvorträge zu allen Erscheinungsformen des Extremismus gehalten wurden, waren es 2019 bereits 392. Trotz der coronabedingten Lage seit 2020 erhielt der Fachbereich Extremismusprävention auch 2021 zahlreiche Anfragen. Insbesondere im ersten Halbjahr wurden viele Vor-

¹⁴⁰ Siehe Kapitel 6.3, 6.4, 6.5.

träge online durchgeführt. Insgesamt konnten 2021 116 Vortrageseinheiten realisiert werden, an denen ca. 3.000 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Von diesen 116 Vortrageseinheiten dienten 43 als Ersatz für die pandemiebedingt ausgefallenen Termine der Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ an den Polizeiakademien Nienburg und Oldenburg. So erhielten die Studierenden dennoch einen Überblick über alle Extremismusphänomene und die Aufgaben des Verfassungsschutzes.

In insgesamt 71 Vorträgen erhielten circa 2.000 Personen umfassende Informationen über die Aufgaben des Verfassungsschutzes, die vom Verfassungsschutz behandelten Extremismusbereiche und Angebote der Prävention. In Bezug auf Einzelthemen wurde das Thema Rechtsextremismus mit 17 Vorträgen und etwa 360 Teilnehmenden am stärksten angefragt. Die übrigen Vorträge zu Einzelthemen fokussierten die Präventionsangebote des Niedersächsischen Verfassungsschutzes (elf Vorträge mit rund 300 Teilnehmenden), die Aufgaben des Verfassungsschutzes (elf Vorträge mit rund 220 Teilnehmenden) und die Phänomenbereiche Linksextremismus und Islamismus/Salafismus (sechs Vorträge mit rund 120 Teilnehmenden).

Kooperationsprojekt „Riegelstellung gegen Extremismus“ mit dem Landesfeuerwehrverband Niedersachsen

Seit 2020 fördert der Niedersächsische Verfassungsschutz das beim Landesfeuerwehrverband Niedersachsen angesiedelte Präventionsprojekt „Riegelstellung gegen Extremismus“ mit jährlich 10.000 Euro. Ziel des Projektes ist es, die freiwilligen und Berufsfeuerwehren in Niedersachsen zu informieren, wie Extremismus und extremistische Radikalisierung zu erkennen sind, sowie Handlungsoptionen im Falle einer Radikalisierung an die Hand zu geben. Der Fachbereich Extremismusprävention ist an der Kooperation in Form von Vorträgen und Seminartagen für die Angehörigen der niedersächsischen Feuerwehren inhaltlich beteiligt.

Bereits die vorangehenden Projekte „Löschangriff gegen Rechts“ und „Zündstoff für die Feuerwehren in Niedersachsen“ hat der Niedersächsische Verfassungsschutz gefördert.

6.3 Ausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“

Ein seit Jahren erfolgreiches und anschauliches Format der Präventionsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes bildet die Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“. U. a. anhand einschlägiger Internetvideos, rechtsextremistischer Musik und Szenebekleidung werden grundlegende Informationen zu verschiedenen Ausprägungen des Rechtsextremismus und rechtsextremistischer Propaganda vermittelt. Einen Schwerpunkt der Ausstellung bildet die rechtsextremistische Jugendszene. Daher eignet sie sich insbesondere für Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildende. Sie wird durch Referentinnen und Referenten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes begleitet, die im Rahmen von 90-minütigen Führungen die Fragen der Teilnehmenden beantworten.

Bereits im Jahr 2005 stellte der Niedersächsische Verfassungsschutz die Wanderausstellung zur Informationsvermittlung über den Rechtsextremismus erstmals zur Verfügung. Seitdem fanden rund 1.000 Führungen statt, bei denen ungefähr 23.000 Besucherinnen und Besucher erreicht wurden. Insgesamt war die Wanderausstellung seit 2005 in 91 Orten Niedersachsens und angrenzenden Bundesländern zu sehen.



Neues Modul fokussiert Antisemitismus

2021 wurde die Wanderausstellung durch ein Modul erweitert, das mit dem Antisemitismus einen Grundbestandteil der rechtsextremistischen Ideologie in den Fokus nimmt, jedoch auch kurz über Formen des Antisemitismus in anderen Extremismusbereichen informiert. Dieses Angebot steht ab 2022 zur Verfügung und ergänzt den bisherigen Bestand der Ausstellung. Nach vorheriger Absprache wird auch die Möglichkeit bestehen, das Thema als eigenen Schwerpunkt zu behandeln.

6.4 Informationsmaterialien

Der Niedersächsische Verfassungsschutz erstellt Informationsmaterialien (Flyer & Broschüren) zu aktuellen Entwicklungen im Extremismus und veröffentlicht den jährlichen Verfassungsschutzbericht, der einen detaillierten Überblick über die extremistischen Entwicklungen in Niedersachsen gibt. Die Materialien können kostenfrei beim Niedersächsischen Verfassungsschutz bestellt werden und stehen auch auf der Internetseite des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Bislang sind folgende Titel erhältlich:

- „Rechtsextremismus“ (Flyer),
- „Identitäre Bewegung Deutschland (IBD): Ideologie und Aktionsfelder“ (Broschüre),
- „Reichsbürger und Selbstverwalter“ (Flyer),

- „Islamismus“ (Flyer),
- „Salafismus: Erscheinungsformen und aktuelle Entwicklungen“ (Broschüre),
- „Jihadistischer Salafismus“ (Flyer),
- „Frauen im Salafismus: Erscheinungsformen und aktuelle Entwicklungen“ (Broschüre),
- „Jugend und Familie im Salafismus“ (Broschüre),

- „Linksextremismus“ (Flyer),
- „Autonome Gewalt“ (Flyer),
- „Vom Autonomen zum Postautonomen: Autonome in Bewegung“ (Broschüre),

- „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ (Flyer),
- „Antisemitismus im Extremismus“ (Broschüre),
- „Spionage – (k)ein Thema?!“ (Flyer).



Neue Broschüre „Antisemitismus im Extremismus“

Am 12.03.2021 stellte der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, gemeinsam mit Verfassungsschutzpräsident Bernhard Witthaut und dem Niedersächsischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, Dr. Franz Rainer Enste, eine neue Broschüre des Verfassungsschutzes zum Thema „Antisemitismus im Extremismus“ im Rahmen einer Videokonferenz vor.

Die Broschüre klärt auf, was Antisemitismus bedeutet, stellt die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus vor, schildert das Vorkommen in den Extremismusphänomenen Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus und befasst sich zudem mit dem Thema der Antisemitismusprävention.

6.5 Veranstaltungen

Symposium

Bereits seit 2006 werden vom Niedersächsischen Verfassungsschutz jährlich öffentliche Symposien veranstaltet, in deren Rahmen anerkannte Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Blickwinkeln Themen des Extremismus diskutieren.

Das Symposium konnte 2021 aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden. Für 2022 ist dieses Veranstaltungsformat jedoch wieder vorgesehen. Über Termine informiert die Internetseite des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Podiumsdiskussionen

2014 initiierte der Niedersächsische Verfassungsschutz mit „Aktuell und Kontrovers – Verfassungsschutz im Diskurs mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft“ eine weitere Veranstaltungsreihe. Bei diesem Format stehen nicht die eigenen Positionen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes im Vordergrund; vielmehr bietet es ein Forum, um Akteure der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und der Politik über aktuelle Themen miteinander ins Gespräch zu bringen.

Am 22.06.2021 fand die achte Veranstaltung aus der Reihe mit dem Titel „Antisemitismus und Verschwörungstheorien. Was macht das mit unserer Gesellschaft?“ erstmals im Online-Format statt.

Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, begrüßte die Gäste und betonte die Verpflichtung, „jüdisches Leben in Deutschland nach den Gräueltaten und der menschenverachtenden Gewalt des Dritten Reiches mit allen verfügbaren Mitteln zu schützen.“

Nach der Begrüßung diskutierten der Niedersächsische Landesbeauftragte gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, Dr. Franz Rainer Enste, die Projektleiterin der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen, Katarzyna Miszkiel-Deppe, der Vorstandsvorsitzende der jüdischen Gemeinde Osnabrück, Michael Grünberg, sowie der Professor für amerikanische Literatur und Kulturgeschichte an der Universität Tübingen, Prof. Dr. Michael Butter, über die konkreten Auswirkungen antisemitischer und verschwörungstheoretischer Propaganda auf unsere Gesellschaft. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Journalistin und ZEIT-Autorin Cosima Schmitt.

„Rechtsextremistische Aktivitäten in der Kommune – ein Erfahrungsaustausch“

Die Gemeinde Eschede veranstaltete am 15.11.2021 gemeinsam mit dem Niedersächsischen Verfassungsschutz eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Umgang mit rechtsextremistischen Aktivitäten in Kommunen. Neben dem Verwaltungsausschuss der Gemeinde Eschede, Vertreterinnen und Vertretern lokaler Bündnisse und der Polizei Celle nahmen Gäste aus vier Städten und Kommunen mit rechtsextremistischen Brennpunkten teil. Um einen offenen Austausch sicherzustellen und aufgrund der pandemischen Lage wurde die Veranstaltung in einem kleineren Kreis aus geladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

Kooperationsveranstaltungen zu den Themen Karikaturen und Nahostkonflikt/Antisemitismus

2021 unterstützte der Niedersächsische Verfassungsschutz zwei Seminarreihen mit muslimischen Jugendlichen im Raum Osnabrück. Dabei diskutierten die Jugendlichen unter der Leitung einer erfahrenen muslimischen Pädagogin über die Themen Muhammad-Karikaturen und Nahostkonflikt/Antisemitismus.

6.6 Landesprogramm für Islamismusprävention „Kompetenzforum Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI)

6.6.1 Struktur

Die islamistische und hierbei vor allem die salafistische Radikalisierung junger Menschen stellt Staat und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Wichtig ist, Radikalisierungsprozessen vorzubeugen oder diese aufzuhalten. Das Land Niedersachsen begegnet dieser Herausforderung, indem es auf eine lebendige und vielfältige Präventionslandschaft setzt. Diese Vielfalt sowie die sicherheitspolitische Lage (z. B. Rückkehrende aus den ehemaligen Jihadgebieten in Syrien und im Irak) machen eine strukturierte und abgestimmte Vorgehensweise notwendig. Im Juli 2016 hat die Niedersächsische Landesregierung deshalb die Einrichtung der „Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI) beschlossen. Im Mai 2020 wurde KIP NI per Kabinettsbeschluss zum Landesprogramm für Islamismusprävention ausgebaut. Das Landesprogramm trägt den Titel: „Kompetenzforum Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI).



Das KIP NI hat zur Aufgabe, die vorhandenen Netzwerke der unterschiedlichen Akteure im Bereich der Islamismusprävention zu bündeln, zu institutionalisieren und zu intensivieren. Es ist damit die zentrale Stelle in Niedersachsen, an der die vielfältigen Ansätze der Islamismusprävention zusammenlaufen, abgestimmt und strukturiert werden.

Das Kompetenzforum ist eine ressortübergreifende Einrichtung, in welcher der Sachverstand

- des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport (MI),
- des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA NI),
- des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) mit der zivilgesellschaftlichen Beratungsstelle

- zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung – beRATen e. V.,
- des Niedersächsischen Justizministeriums (MJ) mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR NI) sowie
 - des Niedersächsischen Kultusministeriums (MK) zusammengeführt wird.

Die Koordinierungsstelle des Kompetenzforums wird gemeinsam und gleichberechtigt durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz (Fachbereich Extremismusprävention) und das LKA NI (Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität) wahrgenommen.

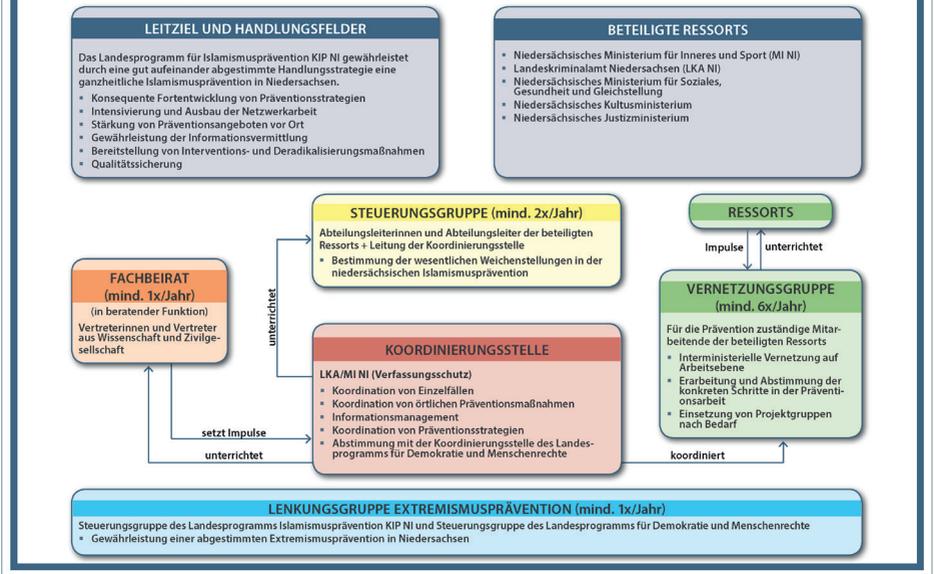
Die am KIP NI beteiligten Ressorts sind auf mehreren Ebenen miteinander vernetzt:

- Eine Steuerungsgruppe, bestehend aus den jeweils zuständigen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern der an dem KIP NI beteiligten Ministerien, setzt die wesentlichen Weichenstellungen für die Islamismusprävention in Niedersachsen.
- Zur interministeriellen Vernetzung auf Arbeitsebene finden regelmäßig Vernetzungstreffen mit den für die Islamismusprävention zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt. Hier werden die Details der ressortübergreifenden Islamismusprävention gemeinschaftlich erarbeitet, neue Trends im Themenfeld Islamismus diskutiert, Präventionsansätze entwickelt und bei Bedarf Projektgruppen eingerichtet.
- Die Arbeit des KIP NI wird durch einen Fachbeirat, bestehend aus Mitgliedern aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, beratend begleitet.

Darüber hinaus stimmt sich das Landesprogramm KIP NI fachlich und strategisch mit dem Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte (Federführung im MJ) ab, um Synergieeffekte zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Ziel ist es, in Niedersachsen eine ganzheitliche Extremismusprävention zu gewährleisten.

Landesprogramm für Islamismusprävention

Kompetenzforum Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI)



6.6.2 Arbeitsschwerpunkte

- **Strategische Koordinierung**
In den verschiedenen Gremien des KIP NI werden nachhaltige Strategien für die Islamismus-/Salafismusprävention in Niedersachsen entwickelt. Der Niedersächsische Verfassungsschutz koordiniert diesen Entwicklungsprozess.
- **Einzelfallbezogene Koordinierung**
Zur Koordinierung und Bearbeitung von Einzelfällen beruft das LKA NI Fallkonferenzen mit den jeweils erforderlichen Akteuren ein. Gemeinsam werden einzelfallbezogene Präventionsmaßnahmen der Intervention und Deradikalisierung erarbeitet.
- **Aufbau von kommunalen Netzwerken für Extremismusprävention**
Der Niedersächsische Verfassungsschutz, das LKA NI, der LPR NI und beRATEN e. V. begleiten den Prozess der lokalen Netzwerkbildung, um sicherzustellen, dass vor Ort u. a. für die Islamismus-/Salafismusprävention Informationen problemlos für die

Öffentlichkeit zugänglich sind, Meldewege etabliert werden und die Fallbearbeitung effizient erfolgen kann.

- Sensibilisierung

Alle am KIP NI beteiligten Akteure bieten Maßnahmen zur Sensibilisierung der mit dem Phänomen Islamismus/Salafismus konfrontierten Einrichtungen und der Öffentlichkeit an. Detaillierte Informationen zu den Sensibilisierungs- und Informationsangeboten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes sind den Kapiteln „6.2 Vortrags- und Informationsveranstaltungen“ sowie „6.4 Informationsmaterialien“ zu entnehmen. Zudem koordiniert der Niedersächsische Verfassungsschutz die Öffentlichkeitsarbeit des KIP NI mittels einer eigenen Internetseite, Flyern und Broschüren und ist für die öffentliche Jahresveranstaltung des KIP NI verantwortlich.

- Intervention und Deradikalisierung

Das Aussteigerprogramm des Niedersächsischen Verfassungsschutzes Aktion Neustart¹⁴¹ hilft Ausstiegswilligen dabei, sich von extremistischer Szene und Ideologie zu lösen und ein Leben ohne Extremismus zu führen. Die zivilgesellschaftliche Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung beRATEN e. V. bietet Beratung bei Radikalisierungsverdachtsfällen und steht Angehörigen bzw. dem Umfeld von Radikalisierten als Ansprechpartner zur Verfügung. Beide Angebote sind kostenlos, vertraulich und auf freiwilliger Basis.

6.6.3 Arbeitsgruppen

2021 haben folgende interministerielle Arbeitsgruppen (AG) innerhalb des KIP NI gearbeitet:

- AG „Kommunale Strukturen der Islamismusprävention“ (AG KoStI):

In dieser Arbeitsgruppe geht es um die zielgerichtete Stärkung der Islamismusprävention auf lokaler Ebene. Für eine ganzheitliche Islamismusprävention im Flächenland Niedersachsen ist es notwendig, dass Präventionsstrukturen auf Landesebene durch Strukturen auf kommunaler Ebene ergänzt werden. Da extremistische Szenen sich teilweise ähnlicher Formen und Formate der Ansprache und Propaganda bedienen und die extremistischen

¹⁴¹ Siehe Kapitel 6.7.

Phänomenbereiche in einer dynamischen Wechselwirkung zueinander stehen, stellen sich die Netzwerke phänomenübergreifend auf. Ziel der AG KoStI ist es, ressortübergreifend Standards der Extremismusprävention auf lokaler Ebene zu erarbeiten. Hierfür stimmen sich das LKA NI, der Niedersächsische Verfassungsschutz, der LPR NI und beRATen e. V. in regelmäßigen Sitzungen über die Bedarfe vor Ort und Standards für kommunale Netzwerke der Extremismusprävention ab. Außerdem initiieren und begleiten sie die Netzwerkbildung vor Ort und unterstützen z. B. durch Moderation, administrative Tätigkeiten, Vernetzung mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Angeboten sowie Vermittlung und Durchführung von Fachvorträgen. Die AG KoStI steht dem jeweiligen kommunalen Netzwerk auch langfristig beratend zur Seite. In mehreren Kommunen wurden mittlerweile Netzwerkstrukturen erarbeitet und Meldewege institutionalisiert. Als Mitglied der AG KoStI begleitet der Niedersächsische Verfassungsschutz aktuell Prozesse bzw. Netzwerke in Celle und Braunschweig. Weitere Prozesse und Netzwerke befinden sich im Aufbau.

■ AG „Zusammenarbeit mit Jugendämtern“:

Unter Federführung des MS wurde eine AG gebildet, deren Aufgabe darin besteht, die Herausforderungen, die Möglichkeiten sowie die Stärkung der Zusammenarbeit von Akteuren der Präventionsarbeit mit Jugendämtern im Kontext von islamistischer Radikalisierung zu bearbeiten. Ein besonderer Fokus liegt auf aus Syrien und dem Irak zurückkehrenden Kindern, aber auch auf Schnittstellen von Kinder- und Jugendhilfe und Radikalisierungsprävention. In dieser AG wirken Vertreterinnen und Vertreter des Landesjugendamtes, der Fachreferate des Sozialministeriums, der Beratungsstelle beRATen e. V. sowie die Rückkehrkoordination von LKA und Verfassungsschutz mit. Verstärkt wird dieses Team durch eine Vertreterin bzw. einen Vertreter des Projektes „Clearingstelle Radikalisierungsprävention an den Schnittstellen des SGB VIII“.

■ AG „Deradikalisierungsforum“:

In der AG Deradikalisierungsforum erarbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Aussteigerprogramms des Niedersächsischen Verfassungsschutzes Aktion Neustart, des Violence Prevention Network (VPN) und beRATen e. V. gemeinsam Standards für die Deradikalisierungsarbeit in Niedersachsen.

6.6.4 Jahresveranstaltung

Seit 2017 bringt die jährliche KIP NI-Tagung die in der Islamismusprävention tätigen Akteurinnen und Akteure in Niedersachsen zusammen und bietet Raum für Vernetzung und Diskussionen. In verschiedenen Formaten, von Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachvorträgen bis hin zu Theaterstücken, findet ein Austausch zu aktuellen Themen und Fragestellungen statt.

Am 03.11.2021 fand die vierte Jahresveranstaltung des KIP NI mit dem Titel „Potenziale der multiprofessionellen Zusammenarbeit in der Islamismusprävention“ erstmals in hybrider Form statt. In Hannover nahmen 80 Personen teil, während 70 Personen das Geschehen live vor ihren Bildschirmen verfolgten.

Der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Stephan Manke, begrüßte die Gäste und betonte, dass vielen Herausforderungen, vor allem in der Islamismusprävention, „nur gemeinsam mit dem Engagement aller Beteiligten aus unterschiedlichen Professionen – und im Falle des KIP NI: aus unterschiedlichen Ressorts“ begegnet werden kann.

Die beiden Geschäftsführerinnen des KIP NI, Daniela Schlicht und Lisa Borchardt, gaben im Anschluss einen Überblick über die Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte des KIP NI in den Jahren 2020 und 2021. Flankiert wurde der Bericht der Geschäftsführung durch einen eingespielten Videoclip, in dem sich Vertreterinnen und Vertreter aller am KIP NI beteiligten Ressorts – namentlich Innen-, Justiz-, Kultus- und Sozialministerium – zu den aktuellen Herausforderungen, möglichen Erfolgsrezepten und Optimierungspotenzialen der Islamismusprävention in Niedersachsen äußerten.

Dr. Michaela Baumann und Janusz Biene von der Clearingstelle Radikalisierungsprävention, Vereinigung Pestalozzi GmbH erörterten in ihrem Fachvortrag Bedingungen für das Gelingen, aber auch Herausforderungen einer konstruktiven, multiprofessionellen Zusammenarbeit. Dabei wiesen sie insbesondere auf die Bedeutsamkeit eines guten Verständnisses unter den verschiedenen Partnern für die unterschiedlichen Mandate, Perspektiven und Arbeitsweisen hin.

Im Anschluss diskutierten Dua Zeitun (Islamische Theologin und pädagogische Mitarbeiterin im Bereich politische Bildung), Doerthe

Niebaum (Fachbereichsleiterin inklusive Bildung, Regionales Landesamt für Schule und Bildung Hannover), Harry Guta (Leiter der Beratungsstelle beRATen e. V.), Katharina Varga (Leiterin des Geschäftsbereichs Jugend der Stadt Wolfsburg) sowie Harry Blome (Leiter der Kriminalfachinspektion 4 der PD Hannover) unter der Moderation von Dr. Michael Kiefer (Universität Osnabrück) anhand von praktischen Beispielen über die Herausforderungen der unterschiedlichen Mandate und gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Prävention von Islamismus.

Der Niedersächsische Verfassungsschutzpräsident Bernhard Witthaut betonte in seinen Abschlussworten, auch im Namen von LKA-Präsident Friedo de Vries, dass Islamismusprävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, der wir gemeinsam begegnen müssen.

6.6.5 KIP NI-Internetseite

Die Internetseite des KIP NI steht Nutzerinnen und Nutzern, die sich über das Phänomen des Islamismus/Salafismus und die Islamismusprävention in Niedersachsen informieren wollen, zur Verfügung. Dort erhalten Sie Informationen zum Phänomenbereich, zur Arbeit des Landesprogrammes für Islamismusprävention, zu Veranstaltungen und zu Hilfsangeboten. Zudem können über die Internetseite Informationsmaterialien abgerufen und kostenlos bestellt werden.

Weitere Informationen zum KIP NI erhalten Sie unter folgenden Kontaktdaten:

Internet: www.KIPNI.niedersachsen.de

E-Mail: info@KIPNI.niedersachsen.de

Neues Niedersächsisches Internetportal für Extremismusprävention im Aufbau

Die Angebote und Informationen der beiden niedersächsischen Landesprogramme für Extremismusprävention, des beim Niedersächsischen Justizministerium angesiedelten Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte sowie des Kompetenzforums Islamismusprävention Niedersachsen, werden künftig auf einer ge-

meinsamen Internetseite abrufbar sein. Damit wird erstmalig ein zentrales und niedrigschwelliges Portal für Extremismusprävention in Niedersachsen geschaffen. Voraussichtlich wird das Angebot im Sommer 2022 abrufbar sein.

6.7 Aktion Neustart

Das Aussteigerprogramm Aktion Neustart unterstützt ausstiegswillige Extremistinnen und Extremisten, die sich von ihrer jeweiligen extremistischen Szene und Ideologie distanzieren wollen. Aktion Neustart steht als Ansprechpartner für Ausstiegswillige zur Verfügung, spricht aber auch proaktiv Extremistinnen und Extremisten an, die noch keinen Ausstiegswillen entwickelt haben. Auf diese Weise sollen bei ihnen Ausstiegsimpulse gesetzt werden. Wichtiger Teil der Ausstiegsarbeit ist zudem die Beratung des sozialen Umfeldes von Extremistinnen und Extremisten, z. B. der Eltern, Lehrkräfte, Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber und des Freundeskreises. Das Aussteigerprogramm unterstützt alle Ausstiegswilligen, vom jungen Szeneeinsteiger über Mitläufer und Aktivisten bis hin zu langjährigen Führungskadern der extremistischen Szenen. Die Unterstützung durch Aktion Neustart ist stets kostenlos, freiwillig und streng vertraulich.



Das Angebot des Aussteigerprogramms umfasst:

- vertrauliche Beratung am Telefon,
- vorurteilsfreie Gespräche über Probleme, Ängste und Wünsche,
- persönliche Beratung und Begleitung im Ausstiegsprozess,
- Erstellung eines individuellen Ausstiegsplans,
- Unterstützung bei der Arbeits-, Ausbildungs- oder Wohnungssuche und im Umgang mit Behörden,
- Hilfe in Bedrohungssituationen,
- Unterstützung bei der Bearbeitung von Alkohol-, Drogen- und finanziellen Problemen,
- Hilfe bei der Entfernung von extremistischen Tätowierungen und
- Unterstützung bei Gesprächen mit Eltern, Lehrkräften und Arbeitgebern.

Aktion Neustart wurde Ende 2010 als Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten aufgebaut und im Jahr 2016 um den Phänomenbereich Islamismus erweitert. Seit Ende 2019 bietet das Aussteigerprogramm des Niedersächsischen Verfassungsschutzes Unterstützung für den Ausstieg aus allen extremistischen Szenen an und steht somit auch für die Phänomenbereiche Linksextremismus, Extremismus mit Auslandsbezug sowie die Scientology-Organisation zur Verfügung.

**SCIENTOLOGY-
Organisation?**

Du möchtest da raus?
Wir helfen beim Ausstieg!
Sicher, vertraulich, kostenlos!

 **AKTION NEUSTART**
PROGRAMM
ABSTREIFENPROGRAMM
EXTREMISMUS

Hotline: 0172 / 44 44 300
www.aktion-neustart.de

Ülkücüler?

Heimatliebe
geht auch ohne
Ausgrenzung.
Wir helfen und beraten.

 **AKTION NEUSTART**
PROGRAMM
ABSTREIFENPROGRAMM
EXTREMISMUS

Hotline: 0172 / 44 44 300
www.aktion-neustart.de

**DU BIST NICHT
DU!**

WENN DU IN DER LINKSEXTREMEN SZENE BIST.

 **AKTION NEUSTART**
PROGRAMM
ABSTREIFENPROGRAMM
EXTREMISMUS

**Du bist in der
PKK?**

Du willst da raus?
Wir helfen Dir!

 **AKTION NEUSTART**
PROGRAMM
ABSTREIFENPROGRAMM
EXTREMISMUS

Hotline: 0172 / 44 44 300
www.aktion-neustart.de

Aktion Neustart hat seit seiner Gründung zahlreiche Fälle bearbeitet. Sie umfassen Beratungstätigkeiten für soziale Umfeldler (Familie, Arbeitgeber, Freundeskreis etc.) extremistischer Personen sowie konkrete Ausstiegsbetreuungen.

Von den Fällen, die zu einer konkreten Ausstiegsberatung führten, sind im Phänomenbereich Rechtsextremismus seit 2010 insgesamt 59 Per-

sonen erfolgreich ausgestiegen. 26 Personen werden aktuell betreut. Im Phänomenbereich Islamismus sind seit 2016 insgesamt 14 Personen erfolgreich ausgestiegen. Elf Personen werden derzeit betreut. In den Phänomenbereichen Extremismus mit Auslandsbezug und Linksextremismus sind erste Fälle in Bearbeitung. Im Phänomenbereich Scientology-Organisation werden Konzepte für erfolgreiche Ansprachen ausgearbeitet.

Nachdem aufgrund der Pandemie im Jahr 2020 Arbeitstagungen der staatlichen Aussteigerprogramme von Bund und Ländern im Phänomenbereich Rechtsextremismus ausfallen mussten, hat Aktion Neustart im November 2021 wieder eine solche Veranstaltung organisieren können. Thema war u. a. mit welchen Strategien die pandemiebedingten Herausforderungen in der Deradikalisierungsarbeit durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der staatlichen Aussteigerprogramme bewältigt werden konnten.

Das Team von Aktion Neustart ist interdisziplinär und geschlechterparitätisch zusammengesetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über langjährige Erfahrung im Umgang mit extremistischen Ideologien und arbeiten auf Grundlage pädagogischer und psychologischer Fachkenntnisse und Methoden. Die umfangreichen Verfassungsschutzkenntnisse über extremistische Ideologien und Szenen ermöglichen es Aktion Neustart, mögliche Bedrohungslagen für einen Aussteiger bzw. eine Aussteigerin frühzeitig zu erkennen und fundierte Gefahrenprognosen zu erstellen. Im Ausstiegsprozess sollen die persönlichen Einstiegsmotive und die extremistischen Einstellungsmuster erkannt, besprochen und aufgelöst werden. Ziel der Ausstiegsarbeit ist die Hinwendung des Aussteigenden zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und den Grund- und Menschenrechten.

Das Zusammenspiel sicherheitsbehördlicher und pädagogischer Fähigkeiten kombiniert mit langjähriger Erfahrung in der Ausstiegsarbeit ermöglicht es, im Ausstiegsprozess nicht nur eine nachhaltige Loslösung von extremistischer Ideologie und Szene zu erreichen, sondern gleichzeitig auch Schutz und Sicherheit für den Aussteiger/die Aussteigerin zu gewährleisten. Darüber hinaus sind auch die Reintegration in die Gesellschaft sowie der Aufbau einer



neuen sozialen und beruflichen Existenz elementarer Bestandteil der Arbeit von Aktion Neustart.

In der Ausstiegsarbeit bestätigt sich regelmäßig, dass extremistische Szenen gerade für junge Menschen vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Fragen bereithalten. Der Wunsch nach Anerkennung und eine Erlebnisorientierung sind fundamentale Motive für die Hinwendung zur extremistischen Szene. Allerdings können durch die Zugehörigkeit zu einer extremistischen Szene Orientierungslosigkeit, Identitätsprobleme, Frustrationen und Ängste nur für eine begrenzte Zeit kompensiert werden. Extremisten, die erkannt haben, dass ihnen die extremistische Szene nicht das Erhoffte gibt, erhalten von Aktion Neustart Unterstützung. Gemeinsam mit der Aussteigerin oder dem Aussteiger wird eine sinnvolle Perspektive für ein Leben frei von Extremismus entwickelt.

Seit Jahren spielt das Internet, insbesondere soziale Netzwerke, eine herausragende Rolle beim Einstieg junger Menschen in extremistische Ideologien und Szenen. Soziale Netzwerke bieten Menschen die Möglichkeit, erste Kontakte zu Extremisten herzustellen. Extremistisches Gedankengut wird teils unreflektiert übernommen und so die Radikalisierung befördert. Neben dem Austausch extremistischer Meinungen können problemlos extremistische Schriften, Filme und Musik konsumiert werden. Um dem entgegenzutreten, nutzt auch Aktion Neustart soziale Netzwerke für seine Ausstiegsarbeit. Extremisten werden dort gezielt proaktiv angesprochen und so Ausstiegsimpulse gesetzt. Mittels Memes und Videos kommuniziert Aktion Neustart alternative Narrative und dringt in die extremistischen Meinungsblasen der Nutzerinnen und Nutzer sozialer Netzwerke ein, bietet nichtextremistische Perspektiven an und macht auf sein Unterstützungsangebot für den Ausstieg aufmerksam.

Um potenzielle Aussteigerinnen und Aussteiger möglichst niedrigschwellig erreichen zu können, bietet Aktion Neustart die Möglichkeit der anonymen Online-Beratung an. Sie richtet sich an all diejenigen, die sich über Extremismus und den Ausstieg aus dem Extremismus beraten lassen wollen.





Sie können Aktion Neustart unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Mobil: 0172 4444300

E-Mail: aktion.neustart@mi.niedersachsen.de

In den Sozialen Medien: Facebook, YouTube, Instagram, TikTok

Online-Beratung für alle Extremismusbereiche:

www.aktion-neustart.de

6.8 Kontaktdaten Prävention

Für Wünsche zu Vortrags- und Informationsveranstaltungen steht der Fachbereich der Extremismusprävention beim Niedersächsischen Verfassungsschutz unter folgenden Kontaktdaten zur Verfügung:

Telefon: 0511 6709-215

E-Mail: praevention@mi.niedersachsen.de

Informationen zur Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechts-extremismus“, wie aktuelle Ausstellungsorte, Termine für Führungen, Voraussetzungen für die Präsentation etc., erhalten Sie ebenfalls unter der o. a. Telefonnummer oder E-Mail-Adresse. Siehe hierzu auch Kapitel 1.15.